

Versorgt, misshandelt, vergessen

Ehemalige Verdingkinder fordern moralische und finanzielle Wiedergutmachung vom Staat

Nachdem sich der Bund bei sogenannten administrativ Versorgten entschuldigte, warten frühere Verdingkinder auf eine entsprechende Geste, auf Geld für einen Härtefonds und die Aufarbeitung der Geschichte.

Corina Fistarol – Noch geschätzte 10 000 ehemalige Verdingkinder leben in der Schweiz. Dazu kommen weitere Menschen, die eine «fürsorgerische Zwangsmassnahme» erlebt haben: Heim- und Pflegekinder, Zwangsadoptierte, Zwangssterilisierte oder -kastrierte sowie administrativ Versorgte. Letztere wurden in der Schweiz bis 1981 ohne Gerichtsurteil auf unbestimmte Zeit eingesperrt. Das Verdikt «liederlich» oder «arbeitsscheu» genügte.

Nachdem sich die damalige Justizministerin Eveline Widmer-Schlumpf 2010 in der Strafanstalt Hindelbank BE im Namen des Bundes für die Praxis der administrativen Versorgung entschuldigt hatte, hofften auch andere Opfer fürsorgerischer Zwangsmassnahmen auf eine moralische Wiedergutmachung. Eine Interpellation der SP-Nationalrätin Jacqueline Fehr beantwortete der Bund positiv: Einer derartigen Veranstaltung stünde nichts im Weg.

Bundesrat reagiert positiv

Vor zwei Wochen hat ein Treffen mit ehemaligen Verdingkindern, Vertretern verschiedener Organisationen, der Wissenschaft, der Landeskirchen, des Bundes und der Kantone sowie des Bauernverbandes, stattgefunden. «Das Gespräch war konstruktiv, alle Beteiligten hatten die Möglichkeit, sich einzubringen», folgert Folco Galli, Informationschef des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJPD). Bundesrätin Simonetta Sommaruga habe Interesse daran, einen Gedenk Anlass zu organisieren. «Es ist ihr ein Anliegen, dass die Veranstaltung von den Betroffenen mitgetragen wird und ihren Bedürfnissen entgegenkommt.» Inhaltliche, örtliche oder zeitliche Angaben könnten bis jetzt keine gemacht werden.



Verdingbuben vor dem Heimleiter im Knabenerziehungsheim Oberbipp BE 1940.

Diese Bedürfnisse seien nicht einheitlich, meint die Historikerin Loretta Seglias: «Viele Betroffene können noch heute nicht über das Erlebte sprechen, auch weil viele noch immer eine Stigmatisierung befürchten.» Sie betont deshalb die Wichtigkeit einer Entschuldigung durch die offizielle Schweiz als ersten Schritt. Seit Jahren befasst sich Seglias mit der Fremdplatzierungspraxis in der Schweiz. Im Rahmen eines vom Nationalfonds unterstützten Projekts führte sie mit anderen Forschenden knapp 300 Interviews mit früheren Verdingkindern und publizierte das Buch «Versorgt und vergessen. Ehemalige Verdingkinder erzählen».

An den Intentionen von Simonetta Sommaruga zweifelt Walter Zwahlen, der Präsident des Vereins Netzwerk Verdingt, nicht. Allerdings käme aus politisch konservativen Kreisen und Kinderheimen Opposition gegen die Forderung eines Härtefonds für frühere Verdingkinder, die heute in physischen, psychischen und finanziellen Schwierigkeiten leben, sowie gegen die verlangte Wiedergutmachung von 120 000 Franken pro Opfer. «Das entspricht durchschnittlich dem, was die Kinder verdient hätten, wären sie für ihre Arbeit bezahlt worden.»

Aus welcher Kasse das Geld stammt, spielt für Zwahlen keine Rolle: «Der Bund hat damals die Aufsichtspflicht gehabt, sie unterlassen und systematisch wegge-

schaut. Also soll er heute das Geld besorgen.»

Runder Tisch gefordert

Seglias fordert zusammen mit 30 weiteren Forschenden die umfassende Aufarbeitung der Vergangenheit. Die kürzlich gegründete parlamentarische Arbeitsgruppe «Fürsorgerische Zwangsmassnahmen» sei ein Schritt in die richtige Richtung. Die Koordination der im Raum stehenden Anliegen fehle allerdings. Die Historikerin möchte einen runden Tisch für die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und die Fremdplatzierungspraxis im schweizerischen Sozialstaat installieren. Vertreter von Betroffenen, von Bund und Kantonen, der Landeskirchen, des Bauernverbandes, von Trägerschaften privater und Sozialinstitutionen und Wohlfahrtsverbänden sowie der Wissenschaft sollen in diesem Gremium konkrete Vorschläge ausarbeiten.

Gefordert werden von Betroffenenorganisationen die Schaffung einer Anlaufstelle, die Errichtung eines Kompetenzzentrums und eines Härtefallfonds, die wissenschaftliche Aufarbeitung, die Zahlung von finanziellen Entschädigungen sowie uneingeschränkte Akteneinsicht und Aufbewahrungspflicht entsprechender Akten. Über die Details des Gedenk- und Entschuldigungsanlasses soll im Herbst ein weiteres Gespräch stattfinden.

Namen

Die Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn ordineren am Samstag im Berner Münster 16 Theologinnen und Theologen zum Pfarramt: **Susanne Berger, Markus Blaser, Cécile Henriette Cann-Guthauser, Meret Eliezer, Annette Jungen-Rutishauser, Pascal Känzig, Mélanie Kern, Theres Lehmann Erb, Sarah Linder, Laura Sol Lombardo Stuck, Frank Luhm, Yvonne Minder, Beatrice Müller, Marcel Schneider-Wyssenbach, Markus Tschanz** und **Judith Wenger**.

Am Sonntag wird in Gerliswil der Theologe **Hans Weber**, ehemaliger Pressesprecher der SBB-Kreisdirektion Luzern und später Leiter Marketing und Verkauf bei den Rigi-Bahnen, von der Reformierten Kirche Kanton Luzern zum Pfarramt ordiniert.

Die Evangelisch-reformierte Landeskirche des Kantons Zürich meldet: Pfarrerin **Rita Famos**, zurzeit Beauftragte für die Ausbildung der Pfarrfrauen und Pfarrer im Konkordat der Deutschschweizer Kirchen, wird Leiterin der Abteilung Seelsorge. Am 1. Mai 2013 tritt sie die Nachfolge von **Ulrich Bosshard** an, der altershalber zurücktritt.

Am 1. Juli hat **Roland Diethelm**, teilszeitlicher Gemeindepfarrer in Zürich Wipkingen, Religionslehrer und Mitelschulseelsorger, seine 50-Prozent-Stelle als neuer Beauftragter der Fachstelle Gottesdienst angetreten.

Michael Sohn-Raaflaub wirkt seit 1. August als Pfarrer in Cham ZG. Vorher leitete er während zwölf Jahren die kirchlichen Schulen der evangelischen Landeskirche in Württemberg.

Pfarrerin **Judith Borter** leitet ab 1. Oktober im 50-Prozent-Pensum die Fachstelle für Genderfragen und Erwachsenenbildung der reformierten Baselbieter Kirche. Seit 2008 hat sie als Pfarr-Stellvertreterin gewirkt.

«Christlich» streichen?

ref.ch – Die christlich-soziale Partei (CSP) des Kantons Freiburg hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um eine Namensänderung zu prüfen. In der Partei wird laut den «Freiburger Nachrichten» vom Montag überlegt, auf das «C» zu verzichten. Die Frage stelle sich schon länger, so der Präsident Philippe Wandeler. Parteimitglieder müssten immer wieder erklären, was unter christlichem Engagement zu verstehen sei. Es gehe keineswegs darum, die Orientierung der CSP zu wechseln, sondern nur das Label.